

AKTUELL

FRÄIRÄIM FESTIVAL

Kulturminister verteidigt Philharmonie

Isabel Spigarelli

Im November sorgte das „Fräiräim Festival“ der Philharmonie für Schlagzeilen, weil die dort auftretenden Künstler*innen keine Gage erhalten. Jetzt äußert sich der neue Kulturminister Eric Thill zu den Umständen.

Für den neuen Kulturminister Eric Thill (DP) wäre es eine der ersten Gelegenheiten gewesen, ein klares Zeichen für die Kulturschaffenden zu setzen: Der Abgeordnete Ben Polidori (Piratenpartei) bat ihn Ende November in einer parlamentarischen Anfrage um eine Stellungnahme zu der Polemik rund um das „Fräiräim Festival“ der Philharmonie.

Wer dort auftritt, erhält keine Entlohnung. Das Argument der Festivalleitung: Die Veranstaltung richte sich primär an Freizeitmusiker*innen; der Eintritt für das Publikum sei zudem frei. Die Musikszene nahm diese Erklärung bereits letztes Jahr, als das Festival zum ersten Mal stattfand, nicht kritiklos hin. Nachdem die Vergütung auch bei der zweiten Ausgabe im Jahr 2024 ausbleiben wird, ist die Debatte über die Wertschätzung von Kunst und den Umgang mit Künstler*innen erneut entfacht (woxx 1763). Kritiker*innen fordern, die Philharmonie müsse mit gutem Beispiel vorangehen: Immerhin zählt sie seit 2005 zu Luxemburgs öffentlichen Kultureinrichtungen und erhält nächstes Jahr Hilfsgelder in Höhe von 25 Millionen vom Kulturministerium. Noch dazu hat sie die Ethikcharta für den Kultursektor unterzeichnet, nach der sich Institutionen unter anderem zur fairen Bezahlung der Kulturschaffenden verpflichten.

Thills Vorgängerin Sam Tanson (Déi Gréng) stellte sich letztes Jahr hinter die Philharmonie und hieß die kostenfreien Konzerte gut, solange es sich um Hobbykünstler*innen handele. Statt sich in seiner Antwort auf die Seite der Künstler*innen zu schlagen, eifert Eric Thill ihr nach und verteidigt ebenfalls das Konzerthaus: Er übernimmt die Rhetorik des Hauses und verkauft die Veranstaltung als einmalige Chance für Freizeitmusiker*innen, die sonst keine Aussicht auf einen Auftritt auf großen Bühnen hätten. Das „Fräiräim Festival“ biete ihnen somit einzigartige Einblicke in die professionelle Musikwelt bieten. Dass sich an der ersten Ausgabe fast 800 Freizeitmusiker*innen beteiligt hätten, gebe der Festivalleiter recht. Im Ver-

gleich scheint die Kritik aus dem Musiksektor für den Kulturminister irrelevant, denn davon ist in seinem Schreiben an Polidori keine Rede. Thill verweist lieber auf die Transparenz der Philharmonie: Mit allen Teilnehmer*innen würde eine Konvention abgeschlossen, in der die ausbleibende Gage aufgeführt sei.

Dankbarkeit statt Geld

Die Musikszene hält das „Fräiräim Festival“ trotz Kritik für eine Ausnahme, grundsätzlich sollen die Auftrittsbedingungen der Philharmonie gut für die Künstler*innen sein. Der Kulturminister offenbart hingegen, dass es sich beim „Fräiräim Festival“ keineswegs um einen Einzelfall handelt: Auch beim „Orchestre de la Place de l'Europe“ (OPE) gehen die Freizeitmusiker*innen leer aus. Für jene sei Musik kein Beruf, sondern eine Leidenschaft, schreibt Thill als Erklärung. Die Freizeitmusiker*innen dürfen in der Philharmonie proben und ein bis zwei Mal im Jahr dort oder außerhalb der Institution ein Konzert spielen. Von den Mitgliedern werde zudem keine Teilnahmegebühr verlangt. Damit folge die Philharmonie der Tradition von Bürger*innenorchestern, wie es sie in vielen Großstädten gebe.

Auch bei Kooperationsprojekten mit den Musikschulen in Luxemburg erhielten die Schüler*innen keine Entlohnung für ihre Konzerte, fährt Thill fort. Und appellierte an der Stelle an die Dankbarkeit der Freizeitmusiker*innen: Bei diesen Projekten würde den Musikschüler*innen ermöglicht, gemeinsam mit dem Luxembourg Philharmonic Orchestra zu musizieren, so etwa im Zuge des „Side by Side“-Projekts oder des jährlichen Weihnachtskonzerts.

Wenn Thill darüber hinaus noch erwähnt, dass bei Bildungsprogrammen der Philharmonie, die mit einem Auftritt einhergehen, ebenfalls keine Vergütung der Teilnehmer*innen vorgesehen sei, lässt er keinen Zweifel daran, die Debatte missverstanden zu haben. Schließlich geht es nicht darum, weitere schlechte Beispiele für den Umgang mit angehenden Künstler*innen und Freizeitmusiker*innen aufzuzählen und diese sogar als einmalige Chancen zu preisen, sondern um eine Grundsatzdiskussion über den Stellenwert der Künstler*innen sowie deren Förderung, unabhängig von ihrer Position auf der Karriereleiter.

SHORT NEWS

Boîtes aux lettres : la pub s'accroche

(fg) – C'est une bonne nouvelle pour l'environnement : à partir de janvier, dépliants et tracts publicitaires n'encombreront plus les boîtes aux lettres du pays. Les fans de pub pourront toujours être servi-es en apposant sur leurs boîtes aux lettres un autocollant, fourni par Post, autorisant la distribution. Cette mesure découle de la transposition d'une directive européenne, incluse dans la loi nationale déchets de 2022. Il s'agit d'une inversion de paradigme, les foyers pouvant jusqu'à présent refuser la pub en le signalant par le célèbre sticker jaune « Keng Reklammen! wgl ». Lancée il y a une trentaine d'années par le Mouvement écologique (Méco), cette initiative a rencontré un beau succès puisque, sur les quelque 275.000 foyers recensés dans le pays, seul un tiers ne l'aurait pas adoptée. L'opération a permis de sauver quelque 23.000 arbres au fil des ans, calcule le Méco dans un communiqué du 14 décembre. L'organisation salue la nouvelle donne, mais, dans le même temps, fait un constat désolant : ces dernières semaines, des petits malins ont apposé, sans le consentement de leurs propriétaires, le sticker autorisant la pub sur nombre de boîtes aux lettres du pays. Le Méco ne spécule pas sur l'identité des auteur-es de ce mauvais tour, mais appelle les ministères de l'Environnement et de l'Intérieur ainsi que les communes à y mettre un terme. Manifestement, la pub fait de la résistance, sans doute au nom d'intérêts sonnants et trébuchants, puisque dépliants et autres tracts représentent un marché de plusieurs millions d'euros avec quelque 100 millions de prospectus distribués chaque année au Luxembourg.

Asti: Migrant*innen vor Ausbeutung schützen

(mes) – 2013 ergriff die Regierung eine befristete Sondermaßnahme, um Personen ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in eine reguläre Verwaltungssituation zu bringen; nun soll sie dies wieder tun: Das forderte die Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti) am Internationalen Tag der Migrant*innen am vergangenen Montag. Das bedeutet, dass Personen, die ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung im Land leben, „unverzüglich“ regularisiert werden sollen. Nur so, erklärt die Asti in einem Presseschreiben, könne man Personen mit irregulärem Status aus ihrer finanziell, administrativ und sozial prekären Lage herausführen. Die Mehrheit der Betroffenen, befindet sich aus Angst vor einer Abschiebung meist in problematischen Arbeitsverhältnissen und laufe Gefahr, ausgebeutet zu werden. Deshalb wiederholt die Asti zwei konkrete Forderungen, die sie letztes Jahr schon im Rahmen einer Kampagne zur Regularisierung stellte: Erstens solle die neue Regierung die eingangs erwähnte Sondermaßnahme erneut anwenden. Damals wurde immerhin der Status von 543 Langzeitmigrant*innen regularisiert. Zweitens solle die Regierung das Immigrationsgesetz, das Menschen überhaupt erst in eine irreguläre Situation bringe, umändern. Sollte der politische Willen dafür fehlen, warnt die Asti, „werden Hunderte von Menschen, von denen viele ihre Sozialversicherungsbeiträge im Großherzogtum zahlen und ihre Kinder an luxemburgischen Schulen einschulen, weiterhin rechtlos leben und skrupellosen Arbeitgebern ausgeliefert sein“.

EU verfehlt vermutlich Umweltziele

(ja) – Am vergangenen Montag veröffentlichte die Europäische Umweltagentur (EEA) ihren ersten Monitorbericht für das achte Umweltaktionsprogramm der EU. Dieses fußt auf dem European Green Deal. Das Ergebnis: Die meisten Ziele, die die Mitgliedstaaten bis 2030 erreichen wollten, werden wohl verfehlt. Die EEA hat 28 verschiedene Indikatoren im Blick, doch bei nur fünf ist sie zuversichtlich, dass sie erreicht werden können. Bei drei weiteren ist die Zielerfüllung immerhin wahrscheinlich. Alle anderen Indikatoren bewertet die Umweltagentur entweder mit „unwahrscheinlich“ (15) oder „sehr unwahrscheinlich“ (5). Vor allem in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und Umwelteinflüsse durch Produktion und Konsum sieht es düster aus, was die Zielerfüllung angeht. Möglicherweise ist die EEA sogar zu optimistisch: Ebenfalls am Montag veröffentlichte die Europäische Kommission eine Analyse der nationalen Energie- und Klimapläne. Diese ergab, dass die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten lediglich 51 statt der angestrebten 55 Prozent Emissionsreduktion ergeben würden. Die EEA hatte diesen Punkt als „wahrscheinlich, aber unsicher“ eingestuft. Wopke Hoekstra, Klimakommissar, forderte die Mitgliedsstaaten auf, ihre Pläne anzupassen. Auch Leena Ylä-Mononen, geschäftsführende Direktorin der EEA, mahnte die Mitgliedsstaaten, sich stärker für den Umweltschutz zu engagieren und Gesetze „vollständig umzusetzen“. Ein Aufruf, der im Kontrast zur Regierungserklärung des neuen luxemburgischen Premierministers Luc Frieden steht: Der hatte darin einen Umwelt- und Klimaschutz, der „begeistert statt nervt“ angedroht.